

«Das Zuwanderungsproblem ist nicht gelöst»

SVP-Initiative Trotz der Abstimmungsschlappe vom Sonntag will Christoph Blocher an der Initiative zur Kündigung der Personenfreizügigkeit festhalten.

Stefan Häne
und **Raphaëla Birrer**

Das Stimmvolk hat die Selbstbestimmungsinitiative, die Sie mitgeprägt haben, deutlich abgelehnt. Sie spüren den Puls des Volkes nicht mehr. Ich habe noch nie zuerst nach dem Puls des Volkes gefragt, bevor ich eine Volksinitiative gemacht habe. Es ist umgekehrt: Man muss eine Initiative lancieren, weil man sie richtig findet, und erst dann das Volk davon überzeugen. Das ist hier nicht gelungen. Es war auch eine üble Gegenkampagne.

Trotzdem: Die Initiative hat die Bevölkerung ausserhalb der SVP-Basis nicht erreicht. Wir haben mit 29,4 Prozent eine grosse Basis. Die Initiative hat immerhin einen Ja-Stimmen-Anteil von 34 Prozent erreicht. Das heisst: Wir vertreten 900 000 Menschen. Aber es ist kein Wunder, dass sie abgelehnt wurde.

Warum? Das Bewusstsein, dass das Bundesgericht direkt-demokratische Entscheide aushebelt, ist noch zu wenig vorhanden. Hätten wir jetzt nicht die Weichen gestellt, hätte man später gesagt, wir hätten das Problem nicht rechtzeitig erkannt. Unser Erfolg ist, dass wir das Thema zur Sprache gebracht haben.

Sie sprechen von einer «üblen Gegenkampagne». Dabei haben die Gegner doch den SVP-Stil kopiert. Sie dagegen haben viel Geld und Personal investiert – auch das hat nichts genutzt. Nein, so üble Kampagnen wie unsere Gegner haben wir nie gemacht. Aber grundsätzlich nützt viel Geld nichts. Stattdessen muss



Der Alt-Bundesrat will dem Volk nicht den Puls fühlen, sondern es von seinen Ideen überzeugen. Foto: Ex-Press

man seine Botschaft verbreiten, in diesem Fall die Rettung der direkten Demokratie. Wie will man das schaffen, wenn man Medien und «Classe politique» nicht auf seiner Seite hat? Und wie soll man das anders machen als mit Inseraten und Flyern? Die Botschaft ist angekommen, wurde aber vom Volk nicht akzeptiert – schade.

Parteiinterne Stimmen stellen nun die Begrenzungsinitiative infrage.

Davon höre ich zum ersten Mal. Die Zuwanderung beträgt heute pro Jahr netto immer noch 53 000 Personen. Und das in einer Zeit, in der wir wegen der Digitalisierung Jobs verlieren! Nur weil wir nicht mehr wie zu Spitzenzeiten bei 80 000 Personen pro Jahr liegen, ist das Problem doch nicht gelöst. Unsere Initiative ist so aktuell wie eh und je: Die Anpassung an die europäischen Staaten verschlechtert unsere Wettbewerbsfähigkeit, unsere Produktivität nimmt ab, das Lohnniveau sinkt.

Am Freitag entscheidet der Bundesrat über das weitere Vorgehen beim Rahmenabkommen. Was erwarten Sie?

Ich würde dem Bundesrat empfehlen, mit dem Entscheid mindestens so lange zuzuwarten, bis das Parlament die Nachfolge von Leuthard und Schneider-Ammann geregelt hat. Ansonsten besteht die Gefahr, dass die Mehrheitsverhältnisse wieder ändern und der Bundesrat im Parlament für etwas einstehen muss, das er gar nicht will. Abgesehen davon muss der Bundesrat ohnehin nicht jetzt entscheiden – es eilt ja nicht.

Die EU könnte die Börsenäquivalenz nicht mehr gewähren.

Deren Bedeutung wird überschätzt. Davon abgesehen hat Finanzminister Ueli Maurer schon im Sommer für diesen Fall Gegenmassnahmen aufgegleist. Er plant eine neue Schweizer Anerkennungspflicht für ausländische Handelsplätze, die mit Schweizer Aktien handeln. EU-Handelsplätze würden diese Anerkennung nicht erhalten.

Bundesrat Ignazio Cassis (FDP) wird vorgeworfen, er irrlichtert in der Aussenpolitik herum wie beim Migrationspakt.

Ich muss Herrn Cassis ein Kränzchen winden. Nicht zuletzt seinetwegen ist eine breite Debatte über den Migrationspakt entstanden. Als Irrlicht bezeichnen ihn nur jene Kreise, die diese Debatte nicht führen wollen.

Wird die FDP an ihrem Widerstand gegen den Migrationspakt festhalten?

Ich bin skeptisch. Die FDP wird wohl einknicken. Ständerat Philipp Müller etwa hat gesagt, es sei verrückt, den Migrationspakt vor dem 25. November zum Entscheid zu bringen. Nun ist der Abstimmungssonntag vorbei...

In Ihrer Partei hört man, es fehle seit Ihrem Rückzug ein Vordenker.

Es ist klar, dass es eine gewisse Zeit dauert, bis sich die Partei nach meinem Rücktritt neu aufstellt. Es kommen viele gute Leute nach, ich denke da an Roger Köppel, Thomas Matter und meine Tochter Magdalena.

Nicht erwähnt haben Sie Parteipräsident Albert Rösti.

Ist er noch der richtige Mann? Ja, er ist der Präsident und erfüllt seine Aufgabe mit sehr viel Einsatz.

Eine Partei im Selbstzweifel

Strategie Verliert die SVP den Kampf gegen die Zuwanderung?

Es ist ein spezielles Treffen, das heute stattfinden soll. Traktandiert ist das nächste grosse Initiativprojekt der SVP: die Begrenzungsinitiative. Eine Gruppe von SVP-Parlamentariern will nach dem Nein zur Selbstbestimmungsinitiative eine Auslegeordnung vornehmen, wie Nationalrat Ulrich Giezendanner sagt: Macht es Sinn, am Volksbegehren festzuhalten und so an der Urne eine weitere Niederlage zu riskieren? Wer aus dem SVP-Zirkel zugegen sein wird, sagt Giezendanner nicht.

Zumindest Teile der Partei scheinen verunsichert. Die Begrenzungsinitiative will der Schweiz eine eigenständige Steuerung der Zuwanderung ermöglichen. Anders als die Masseneinwanderungsinitiative enthält das Volksbegehren, das im August zustande gekommen ist, keinen Interpretationsspielraum. Nach dessen Annahme hätte der Bundesrat ein Jahr Zeit dafür, mit der EU die Auflösung der Personenfreizügigkeit auszuhandeln. Gelänge das nicht, müsste er das Abkommen kündigen.

Doch die Vorzeichen sind anders als 2014, als Volk und Stän-

de die Masseneinwanderungsinitiative überraschend gutgeheissen haben. Die Zuwanderung ist seither rückläufig. 2017 waren es unter dem Strich noch 46 000 statt wie 2013 über 80 000 Personen. Ein hochrangiges Parteimitglied hat am Sonntag sogar die Möglichkeit eines Rückzugs angedeutet: «Geht die Zuwanderung weiter zurück, wird die Initiative vielleicht sogar obsolet.»

«Verliererimage»

Kommt die Initiative aber an die Urne, wird die SVP ihre nächste Niederlage einfahren; davon zeigt sich jedenfalls Politgeograf Michael Hermann überzeugt. Bei der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative 2014 hätten besondere Umstände geherrscht: Deutschlands lange anhaltende Wachstumsschwäche, Südeuropas Wirtschaftskrise – Faktoren, welche die Zuwanderung in die Schweiz verstärkt haben. Das sei aber nicht der Normalfall gewesen.

SVP-Exponenten sind entsprechend besorgt. «Es ist sehr schlecht, dass wir jetzt mit diesem Verliererimage in die wichtige Diskussion um die Begren-

zungsinitiative starten», sagt Nationalrätin Barbara Steinemann, die trotzdem an der Initiative festhalten will. Damit vertritt sie wohl die Meinung der Mehrheit.

Zweifel bestehen nach der Schlappe vom Sonntag auch in Bezug auf die Themensetzung der Partei. Die politische Konkurrenz will im Wahljahr 2019 unter anderem auf die Gesundheitskosten setzen. In diesem Bereich ist die SVP nicht Taktgeberin. Das liege nicht zuletzt daran, dass sich Übervater Christoph Blocher für dieses Thema kaum interessiere, kritisiert ein SVP-Parlamentarier.

Anders als Präsident Albert Rösti, der den Support der SVP-Fraktion nach wie vor zu geniessen scheint, sieht sich Blocher parteiinterner Kritik ausgesetzt. «Christoph Blocher hat uns die Selbstbestimmungsinitiative eingebrockt – wie 2013 schon die Volkswahl des Bundesrats», heisst es hinter vorgehaltener Hand. Dass Blocher «aus persönlichem Frust» an den staatspolitischen Themen festhalte, zeuge von mangelndem Instinkt – ein Vorwurf, den Blocher zurückweist. (rbi/sth)

Viele SP-Stimmen für Observationen

Umfrage Differenzen in der Partei zeigen sich an der Urne.

Das Referendum gegen das Getrenntleben der Sozialversicherungen künftig erlaubt, ihre Versicherungen heimlich zu überwachen, provozierte in der SP einen Streit. Parteipräsident Christian Levrat wollte das Referendum nicht unterstützen, die Basler SP-Nationalrätin Silvia Schenker wollte es. Levrat unterlag. Diese Differenz mag sich in den Resultaten der Umfrage spiegeln, welche Tamedia von Freitag bis Sonntag bei 9120 Personen durchführte: 38 Prozent der SP-Sympathisanten unterstützten die Vorlage. Bei den Grünen waren es 22 Prozent – erstaunlich viel angesichts des Engagements der Partei gegen die Vorlage. Die Bevölkerung sagte mit 64,7 Prozent klar Ja.

Das deutlichste Ergebnis gab es am Sonntag bei der Selbstbestimmungsinitiative, sie wurde mit wuchtigen 66,2 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt. Die SVP sprach also nur 33,8 Prozent an, eine Grösse, die etwa ihrem eigenen Wähleranteil entspricht. Die Befragung zeigt, woher sie kamen: vor allem von der SVP. 83 Prozent der SVP-Sympathisanten unter den Umfrageteil-

nehmern stimmten zu. Am anderen Ende der Skala sind SP, Grüne und Grünliberale mit Zustimmungswerten von 6 Prozent. Das klare Muster SVP gegen den Rest habe sich insbesondere in der sinkenden Unterstützung bei der FDP gezeigt, schreiben die Politologen Lucas Leemann und Fabio Wasserfallen, welche die Resultate gewichtet und ausgewertet haben.

Tamedia-Nachbefragung zu den Abstimmungsvorlagen vom 25. November

Stimmenscheid der 9120 Teilnehmenden, nach Parteien, in %

	Ja	Nein		Ja	Nein
Selbstbestimmungsinitiative			Überwachung von Versicherten		
SVP	83	17	SVP	83	17
FDP	18	82	FDP	79	21
CVP	14	86	CVP	69	31
SP	6	94	GLP	65	35
Grüne	6	94	SP	38	62
GLP	6	94	Grüne	22	78

Grafik: mrue/Quelle: Tamedia-Online-Nachbefragung, Umfrage: 23. bis 25.11. Max. Stichprobenfehlerbereich: +/-2,4%-Punkte. Bei der FDP lag der Fehlerbereich bei über 10%-Punkten, weshalb sie nicht aufgeführt wird. Die Umfrage wird in Zusammenarbeit mit der LeeWas GmbH der Politologen Lucas Leemann und Fabio Wasserfallen durchgeführt. www.tamedia.ch/de/umfragen